

Stadt Heubach - Aus der Arbeit des Gemeinderates **Gemeinderatssitzung vom 02. März 2021**

Im Mittelpunkt der Gemeinderatssitzung standen der Beschluss des Haushaltsplans 2021 sowie die Festlegung der Vergabekriterien für Bauplätze im neuen Baugebiet „Auhölzle“. Außerdem wurde über Vergaben zur Erschließungsmaßnahme erster Bauabschnitt im Gewerbegebiet „Erlen“, zu den Freianlagen bei der MZH Lautern sowie der Beamer für Schulen beschlossen. Die sich anschließende nicht öffentliche Sitzung umfasste fünf weitere Tagesordnungspunkte.

Bürgermeister Frederick Brütting informierte zu Beginn der Sitzung über den neuesten Stand bezüglich der **Corona-Pandemie**. Aktuell gibt es in Heubach eine infizierte Person und drei Menschen befinden sich aufgrund von Erstkontakt in häuslicher Quarantäne. Es ist bislang noch keine Mutation des Virus in Heubach aufgetreten. Seit letzter Woche können sich Lehrer*innen und Erzieher*innen zweimal pro Woche kostenlos testen lassen. Die Tests werden in den Arztpraxen Knodel/Bessler und Wörz/Gangl durchgeführt.

Der Vorsitzende berichtete über die Vorbereitungen für eine **Impfaktion in Heubach**. Grundlage ist der Entscheid des Ostalbkreis, mobile Impfteams einzusetzen. Die Stadt Heubach hat hierzu insgesamt 700 Bürger*innen über 80 angeschrieben. Die Aktion wird zwei bis drei Tage dauern und spart den Seniorinnen und Senioren Anmeldung und Fahrt zum Impfzentrum. Wann der Landkreis für Heubach den Impftermin festsetzt, sei aber leider noch völlig offen.

Bürgermeister Brütting berichtete außerdem über den **Ausbau weiterer Testangebote in Schulen und Betrieben** (zweimal wöchentlich) sowie kommunale Testzentren zur frühzeitigen Erkennung einer Covid-Erkrankung, über die in der Bund-Länder-Konferenz entschieden werden soll. Die Öffentlichkeit wird darüber entsprechend informiert werden.

Der Vorsitzende ging auf die **Querdenker-Demo** am vergangenen Wochenende ein, die unter dem Motto „Disco-Umzug: Mit Lebensfreude für ein gutes Immunsystem“ mit rund 170 Teilnehmern in Heubach stattgefunden hat. Er betonte ausdrücklich, dass diese nicht wie auf der Homepage der Veranstalter angegeben, „auf Einladung des Bürgermeisters“ erfolgte. Er bedankte sich bei allen Fraktionen des Gemeinderats, Organisationen und Einzelpersonen, die mit der Unterzeichnung des Aufrufs zu einer Gegendemo sowie entsprechenden Plakaten ihrem Protest Ausdruck verliehen haben.

Fragestunde für Bürgerinnen und Bürger

Herr Siegfried Houf, wohnhaft in der Hohenzollern Straße brachte einige Anliegen für sein Wohngebiet vor. Er erkundigte sich bezüglich der **Vermüllung** des Lärmschutzwalls sowie Laub und Schmutz auf den Straßen, wann hier eine Reinigung vorgesehen ist. Außerdem fragte er, ob es möglich sei, einen großen Ahornbaum in der Hohenzollern Straße zu stutzen (Laub und „Propeller“ verschmutzen andere Gärten) und **Radarkontrollen** in der Spielstraße vorzunehmen, da die Geschwindigkeiten nicht eingehalten werden. Herr Houf erkundigte sich des Weiteren nach der Möglichkeit, in der Bargauer Straße gegenüber von Norma ein **Parkverbotsschild** für LKW und Busse anzubringen, die dort tagtäglich stehen.

Bezüglich der Verschmutzung merkte Bürgermeister Brütting an, dass nach dem Winterdienst viele Straße gekehrt werden müssen und dies nach und nach erfolgen wird. Die Thematik des Lärmschutzwalls werde an den Leiter des Bauhofs weitergegeben. Ebenfalls werde man den Ahornbaum ansehen. Zum Thema Parkverbot stellte der Vorsitzende fest, dass dies schon häufiger im Gemeinderat angesprochen und auch bei einer Verkehrsschau begutachtet wurde. Allerdings wurden weitere Maßnahmen vom Landratsamt abgelehnt. Der Wunsch nach einer Geschwindigkeitskontrolle könne vorgebracht werden, jedoch sah Bürgermeister Brütting aufgrund der geringen Verkehrsbelastung wenig Aussicht auf eine Durchführung. Er merkte in diesem Zusammenhang an, dass die wirksamste Lösung ein Umbau der Straße im Sinne einer Verengung ist und in den Rodelwiesen schon einige Maßnahmen umgesetzt wurden.

Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2021 - Beschluss

Bürgermeister Brütting ging einleitend auf die ausführliche Beratung in der Gemeinderatssitzung vom 26.01.2021 ein und wies darauf hin, dass die besprochenen Änderungen und getroffenen Beschlüsse in den Haushaltsplan eingearbeitet wurden.

Kämmerin Monika Lohn sprach die wesentlichen Eckdaten des Haushaltsplans 2021 an:

- Im Ergebnishaushalt beträgt die Summe der Aufwendungen 26.724.667 € und die Summe der Erträge 26.484.380 €, wodurch sich ein Fehlbetrag von minus 240.287 € ergibt.
Ziel des Ergebnishaushalts ist es, einen Ausgleich zwischen Aufwendungen und Erträgen zu schaffen. Während in 2020 das Minus noch bei über einer Million Euro lag, hat man sich in 2021 der Null angenähert, was eine gute Richtung aufzeigt.
- Der Finanzhaushalt weist Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 25.517.786 € und entsprechende Auszahlungen von 24.154.267 € aus. Der Zahlungsmittelüberschuss (= freie Mittel) liegt bei 1.363.519 €. In 2020 waren es 500.000 €. Die besseren Zahlen sind auch durch den guten Fluss der Mittel des Landes bedingt.
- Die Investitionsauszahlungen liegen bei 16.103.220 €, Zuweisungen etc. bei rund 11,3 Millionen Euro. Die Tilgungen belaufen sich auf 748.000 € und die Kreditaufnahme auf 435.351 €. Es ist eine einmalige Verwendung vorhandener Kassenmittel in Höhe von drei Millionen Euro möglich.
- Der Schuldenstand pro Kopf wird zum 31.12.2021 voraussichtlich 688 € betragen (bei 9.900 Einwohnern) und kann trotz des großen Investitionsvolumens erneut gesenkt werden. In 2020 lag die Pro-Kopf-Verschuldung bei 719 €.
- Die Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer bleiben unverändert: Grundsteuer A 370 v.H., Grundsteuer B 390 v.H. und Gewerbesteuer 380 v.H.

Bürgermeister Brütting erinnerte daran, dass gemäß der Zielsetzung des NKHR Ziele zu benennen sind. Für das Haushaltsjahr 2021 sind das:

- Förderung der Gewerbeentwicklung
Mit der Ansiedlung der Firmen BGH Edelstahl und EHG, dem Anbau von allnatura sowie der Erweiterung des Bikehouse und der Raumschmiede an neuen Standorten können neue Arbeitsplätze geschaffen werden.
- Ausbau der Kinderbetreuung
Im Fokus steht hier das Areal Übelmesser. Der Baubeginn ist für Mitte April 2021 vorgesehen, die Anträge sind gestellt.
- Digitalisierung an Schulen
Die beschlossene IT-Stelle für eine professionelle Administration wurde bereits ausgeschrieben; aktuell liegt noch keine Bewerbung vor.
- Energieeinsparung und Klimaschutz
Hierzu zählt die Umstellung auf neue LED-Beleuchtung (Aufträge bereits vergeben) sowie das Nahwärmenetz der GEO.
- Schaffung von Wohnraum
Dazu tragen die Vorhaben auf dem Triumph-Areal sowie das neue Baugebiet „Auhölzle“ bei.

Bürgermeister Brütting ging auf die für Ende 2021 prognostizierte Pro-Kopf-Verschuldung unter 700 € ein und sah darin eine sehr gute Entwicklung. Eventuell könne man in 2021 auch wieder ohne Schulden auskommen. Bezüglich des der Verwaltung bei der letzten Sitzung erteilten Auftrags, mindestens 200.000 € im Bereich der Unterhaltungsmaßnahmen einzusparen, teilte er mit, dass in der Summe 230.000 € erzielt werden konnten.

Der Vorsitzende sprach dem Gemeinderat seinen Dank für die konstruktiven Diskussionen, der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit und der Kämmerin für die erstmalige Erstellung des Haushaltsplans für Heubach, der eine super Grundlage für neues Wachstum darstelle, aus.

Auch die Sprecher der Fraktionen dankten der Kämmerin für das umfangreiche Werk und wiesen auf die breite Diskussion zum Haushaltsplan in der letzten Sitzung des Gemeinderats hin.

StR Martin Kelbaß hob auf das hohe Investitionsvolumen (16,1 Millionen Euro) ab und bemerkte, dass hier ein Höchststand erreicht sei. Auch die Unterhaltungskosten befinden sich auf einem hohen Niveau. Er merkte an, dass Projekte wie das Areal Übelmesser steigende Personalkosten implizieren, ebenso werden Kosten für Ersatzbeschaffungen (iPads) anfallen, für die es wahrscheinlich keine Zuschüsse des Landes geben wird. Die Bremse bei der Schlosssanierung und die Priorisierung begonnener Projekte wertete er als Signal für die Bereitschaft, zu sparen.

StR Thomas Abele schloss sich inhaltlich den Ausführungen von StR Kelbaß und Bürgermeister Brütting an und sprach von einer breiten Abdeckung. Er unterstrich die Wichtigkeit, die Ausgaben transparent zu machen und hob auf einen Unterhalt in Höhe von zwei Millionen Euro (= plus 100 %, 305 Zeilen im Haushaltsplan) sowie Investitionen in Höhe von 16 Millionen Euro ab. Die Perspektive eines Verzichts auf eine Kreditaufnahme sowie eine Null beim Fehlbetrag wären aus seiner Sicht wünschenswert.

StR Gerhard Kuhn merkte bezüglich der Kürzungen im Unterhaltsbereich an, dass es sich nur um ein Schieben handelt, da die Maßnahmen trotzdem notwendig sind. Straßen, Kanäle, Feldwege etc. müssen

im Auge behalten werden. Erhalt und Verbesserung der Substanz sei ebenso wichtig wie neue Projekte. StR Kuhn bat um einen Finanzzwischenbericht vor der Sommerpause.

StR Günther Lux hob auf die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung seit langem ab. Allerdings würden Maßnahmen nur geschoben und keine Einsparungen vorgenommen. Er betonte, dem Haushaltsplan nicht zuzustimmen, da es sich seines Erachtens um einen „Verschiebebahnhof“ handelt. Dem widersprach der Vorsitzende, der auf einen deutlich höheren Betrag als in den vergangenen Jahren bei den Unterhaltungsmaßnahmen hinwies und betonte, dass der Großteil der Aufgaben erledigt werde. Grund dafür sei auch, mit den Einsparungen die ursprünglich vorgesehenen Steuererhöhungen zu vermeiden.

Der Gemeinderat beschloss nach ausführlicher Behandlung der Thematik die Haushaltssatzung 2021 mit dem Haushaltsplan 2021 sowie die mittelfristige Finanzplanung 2022 - 2024 **mehrheitlich mit einer Gegenstimme**.

Gewerbegebiet „Erlen“: Erschließungsmaßnahme, 1. BA - Vergabe

Der erste Bauabschnitt umfasst die Stichstraße zwischen Tennishalle und Allnatura, angrenzend an die Mögglinger Straße L1161. Es fand eine öffentliche Ausschreibung statt, bei der vier Angebote eingingen. Das günstigste Angebot liegt mit rund 609.000 € deutlich unter der Kostenberechnung des Büro Bartsch vom August 2018 (991.746 €). Grund dafür sind Synergieeffekte mit anderen Baustellen des Bauunternehmens (Triumph-Areal und „Kohleisen-Au“) und der Einsatz von leistungsfähigeren Großgeräten. Im Haushalt sind rund 1,1 Millionen Euro für die Maßnahme eingestellt.

Der Auftrag für die Erschließungsarbeiten des ersten Bauabschnitts wurde ohne Diskussion und **einstimmig** an die Firma Georg Eichele GmbH zum Angebotspreis von 609.367,14 €/brutto vergeben.

Festlegung der Vergabekriterien für Bauplätze mit einem EFH, Zweifamilienhaus oder Doppelhaus

Bürgermeister Brütting wies darauf hin, dass es in Heubach bislang keine festgelegten und allgemein gültigen Bauplatzvergabekriterien gibt. Für das neue Baugebiet „Auhölzle“ soll sich dies nicht zuletzt wegen der sehr großen Nachfrage nach Bauplätzen ändern und damit auch eine generelle Richtschnur für die Zukunft festgelegt werden. Er betonte, dass ein transparentes Verfahren für eine faire und gerechte Vergabe wichtig ist.

Der Vorsitzende ging auf den Projektplan für das Baugebiet ein und informierte, dass neben der öffentlichen Behandlung des Kriterienkatalogs in der nicht öffentlichen Sitzung die Bauplatzpreise festgelegt werden. Danach wird eine entsprechende Veröffentlichung erfolgen und parallel dazu das Bebauungsverfahren weitergeführt. Die Vergabe der Bauplätze soll in der Gemeinderatssitzung vom 22. Juni 2021 stattfinden, danach erfolgt der Abschluss der Kaufverträge. Der Satzungsbeschluss des Bebauungsplans ist für Juli, spätestens September vorgesehen. Im Herbst können dann die Erschließungsarbeiten vergeben werden mit Beginn Ende 2021/Anfang 2022 und die Baufreigabe könnte im Oktober 2022 erfolgen.

Hauptamtsleiter Eckhard Häffner hob zunächst auf eine Interessentenliste von 160 Personen und die mögliche Vergabe von 31 Bauplätzen ab. Er betonte, dass die Kriterien unter Beachtung der Grundsätze der Gleichbehandlung und der Transparenz aufgestellt werden müssen und eine Diskriminierung ausgeschlossen werden muss. Er wies außerdem darauf hin, dass die festgelegten Kriterien verbindlichen Charakter haben.

Herr Häffner stellte anschließend den von der Verwaltung erarbeiteten Punktekatalog vor, der aus zwei großen Blöcken besteht: Den „Sozialen Kriterien“ mit einer Punktevergabe für bislang nicht vorhandenes Wohneigentum (Bauplatz, Haus), Familienstand, Alter der im Haushalt lebenden minderjährigen Kinder (drei Altersgruppen) und Menschen mit Behinderung oder einem Pflegegrad. In diesem Block können maximal 130 Punkte erreicht werden. Die „Ortsbezugsriterien der Bewerber“ umfassen die Dauer des Wohnsitzes in Heubach (innerhalb der vergangenen zehn Jahre), eine Erwerbstätigkeit in Heubach sowie ehrenamtliches Engagement (auch außerhalb von Heubach und rückwirkend). Hier sind insgesamt 90 Punkte möglich. Herr Häffner wies darauf hin, dass sich die Kriterien auf den Zeitpunkt der Ausschreibung beziehen und auch eine bestätigte Schwangerschaft berücksichtigt wird.

Er ging nochmals auf die Veröffentlichung der Kriterien, Bauplätze und Bauplatzpreise (Amtsblatt, Homepage) ein und teilte mit, dass Personen, die bereits auf der im Hauptamt geführten Interessentenliste stehen, angeschrieben werden und alle Informationen inklusive Fragebogen erhalten. Die Bewerbungsphase soll eine Dauer von sechs Wochen haben. Eine Bewerbung darf maximal acht Bauplätze mit Priorisierung umfassen. Zwingend notwendig ist die Vorlage einer Finanzierungsbestätigung der Bank.

Darüber hinaus bestehen nach Abschluss des Kaufvertrags für alle Käufer folgende Verpflichtungen: Die Stadt Heubach behält sich vertraglich das Wiederkaufsrecht am Objekt vor, u.a. wenn der Käufer oder dessen Rechtsnachfolger nicht innerhalb von vier Jahren ab Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes ein Wohngebäude bezugsfertig erstellt. Auch ist eine Zustimmung des Käufers über den Anschluss an das vorhandene Nahwärmenetz erforderlich.

In der sich anschließenden Diskussion war die Meinung übereinstimmend, mit dem ausgewogenen Punktekatalog ein klares, transparentes und nachvollziehbares Vergabesystem zu schaffen (StR Abele, StR Frank Schührer, StR Wolfgang Bittermann).

StR Dr. Gerd Merinsky sah eine Diskriminierung ungewollt kinderloser Paare und war der Meinung, dass Interessenten ohne Kinder generell keine echten Chancen auf einen Bauplatz hätten. Bürgermeister Brütting räumte eine indirekte Schlechterstellung ein, verwies jedoch darauf, dass es noch zahlreiche andere Kriterien gibt und die Kinderzahl ein gängiges, rechtssicheres Kriterium darstellt.

Auf Initiative der Stadträte Schührer und Kuhn wurde die Würdigung des ehrenamtlichen Engagements nicht nur wie von der Verwaltung ursprünglich vorgesehen auf Heubach beschränkt, sondern auch auf entsprechende Leistungen außerhalb von Heubach ausgedehnt. Argument war, dass sich Personen, die sich bereits woanders engagiert haben, auch in Heubach einbringen werden. StR Kuhn und StR Dominik Frey machten sich außerdem für eine rückwirkende Berücksichtigung ehrenamtlicher Tätigkeit (zehn Jahre) stark.

StR Bittermann war der Meinung, dass eine rechtzeitige Information der Interessenten über die Festlegungen und Besonderheiten des Bebauungsplans wichtig ist. Der Vorsitzende stimmte dem zu und informierte, dass die wichtigsten Punkte aus dem Bebauungsplan zusammengefasst und auch der Bebauungsplan selbst mitverschickt werden. Er unterstrich, dass der Charakter des Baugebiets zum Ausdruck kommen soll.

Das Gremium stimmte nach ausführlichem Meinungs austausch den vorgestellten und teilweise korrigierten Vergabekriterien für Bauplätze, die eine Bebauung mit einem Einfamilien-, Zweifamilienhaus- oder Doppelhaushälfte vorsehen, zu.

Baugebiet „Auhölzle“ - Vergabekriterien der Bauflächen für Mehrfamilienhäuser

Bürgermeister Brütting erinnerte daran, dass nach dem Bebauungsplan drei Flächen im mittleren Bereich des Baugebiets für Mehrfamilienhäuser vorgesehen sind und stellte fest, dass für die Vergabe ebenfalls Kriterien festgelegt werden müssen. Er informierte in diesem Zusammenhang auch darüber, dass anstelle der ursprünglich unterhalb des Grünzugs geplanten Reihenhäuser nun Doppelhäuser vorgesehen werden, da dies der Nachfrage besser gerecht werde.

Die westlich gelegene Fläche mit 2.114 m² soll von der Städtischen Wohnbau GmbH bebaut werden, die anderen beiden Flächen mit 2.555 m² und 2.274 m² sollen an jeweils einen Investor veräußert werden. Dafür gibt es im Prinzip zwei Möglichkeiten - entweder ein Bieterverfahren oder einen Architekturwettbewerb. Da im Bebauungsplan bereits sehr detaillierte und strenge Vorgaben für die mögliche Bebauung gemacht werden (Anzahl der Geschosse, Gebäudehöhen, Grundflächenzahl, Tiefgaragen, Stellplätze, Bepflanzung, äußere Gestaltung etc.) ist nach Meinung der Verwaltung ein zweistufiges Bieterverfahren ausreichend. In der ersten Stufe wird eine öffentliche Ausschreibung durchgeführt und die Eignung der Bewerber geprüft. Geeignete Bewerber erhalten eine Aufforderung zur Angebotsabgabe (Mindestgebot wird festgelegt). In der zweiten Stufe ist dann der Angebotspreis ausschlaggebend - das Höchstgebot erhält den Zuschlag. Der Vorsitzende wies darauf hin, dass sich die Bewerber dazu verpflichten müssen, die Vorgaben des Bebauungsplans umzusetzen und mindestens 20 % der Wohnungen nach dem Landeswohnraumgesetz zu errichten (soziales Kriterium). Das Vorhaben muss außerdem analog zu den Einfamilien- und Doppelhäusern in einem bestimmten Zeitraum realisiert werden und es muss ein Anschluss an die Nahwärme erfolgen.

Bürgermeister Brütting unterstrich, dass sich jede Rechtsform bewerben kann (Nachfrage von StR Schührer im Hinblick auf Baugemeinschaften). Auch hier ist ein Nachweis der Finanzierung notwendig und die Flächen dürfen nicht weiter unterteilt werden.

Der Gemeinderat folgte **mehrheitlich mit zwei Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen** dem Beschlussvorschlag und beauftragte die Verwaltung, für die beiden dargestellten Flächen ein zweistufiges Bieterverfahren durchzuführen.

Mehrzweckhalle Lautern - Vergabe Freianlagen

Architekt Matthias Schmid stellte anhand zahlreicher Fotos zunächst den Baustand der MZH Lautern dar. Der Abbau des Gerüsts an der Fassade ist für Ende der KW 11 vorgesehen. Er merkte an, dass es im

Küchenbereich der Mensa zu einem Lieferverzug kommt (Ende März) und wies auf teilweise aufgetretene Probleme bei den Lieferketten (z.B. Schreinerarbeiten/Türen - anders geliefert als bestellt) hin.

Herr Schmid ging ebenfalls auf die Kostenfortschreibung ein. Ausgehend von 2,98 Millionen Euro im März 2019 und einer Korrektur auf 3,274 Millionen Euro im November 2020 (ausführlicher Vortrag im Gemeinderat) ist der Stand am 22.02.2021 nunmehr bei 3,346 Millionen Euro (Nachrüstung WLAN, Mehrleistung bei den Außenanlagen, höhere Baunebenkosten). Architekt Schmid machte deutlich, dass mit der Übernahme der Planung von Ingenieur Stark ein schweres Erbe angetreten wurde und man alles versucht habe, damit die Kosten nicht komplett aus dem Ruder laufen.

Stadtbaumeisterin Ulrike Holl erläuterte den Vergabevorschlag für das letzte große Gewerk der Mehrzweckhalle - die Neugestaltung des Außenbereichs zwischen Bestandshalle, seitlichem Anbau und Dorfhaus. Für den neuen Hauptzugang ist eine seitliche Rampenanlage für einen barrierefreien Zugang und eine großzügige Treppenanlage auf Hallenniveau vorgesehen. Aufgrund des Geländeversatzes ist ein Abfangen der Höhendifferenz zum Schulhof der Breulingschule hin notwendig (Gelände- und Sitzstufen aus Muschelkalkblöcken). Sie hob darauf ab, dass aufgrund einer Fehlplanung des zuvor beauftragten Büros Stark (bei einer 6 %igen Steigung muss die Rampe 18 m und nicht nur 13 m lang sein) eine neue Lösung gefunden werden musste, die sich in Form einer Verlängerung der falsch berechneten Rampe Richtung Rosensteinstraße darstellt. Da die Natursteinmauer dem Rampenverlauf angepasst werden muss und in der Summe ein größerer Bereich entsteht (ursprünglich 130 m², jetzt zusätzlich 320 m²), werden auch hier höhere Kosten anfallen. Frau Holl wies außerdem darauf hin, dass die Zufahrt durch den Baustellenverkehr Schaden genommen hat und möglichst erneuert werden sollte (rund 16.000 €, überplanmäßige Mehrkosten). Sie betonte, dass der Gemeinderat über eine Deckelung der Maßnahme entscheiden könne, unterstrich jedoch, dass eine komplette Realisierung sinnvoll und empfehlenswert sei.

Ortsvorsteher Bernhard Deininger betonte, dass eine Realisierung der Gesamtfläche sehr wichtig sei und hob besonders auf die Gestaltung des zentralen Eingangsbereichs mit einem behindertengerechten Aufgang ab. Die Ausdehnung bis zur Rosensteinstraße sei zwingend notwendig. OV Deininger lobte den gelungenen Anbau und die ansprechende Raumgestaltung ebenso wie die freundliche Hallengestaltung und bat den Gemeinderat, dies Mehrkosten „zu übernehmen“. Er wies darauf hin, dass man immer versucht habe, die Kosten so gering wie möglich zu halten und auch viele Einsparungen realisiert wurden (z.B. Faltwand), wohingegen Lüftung und Sicherungsmaßnahmen beim Anbau unumgänglich waren.

Das Gremium war nicht erfreut über die vorgestellten Kosten. StRätin Julia Gaiser sprach von „einer Kostenberechnung, die aus dem Ruder läuft“ und meinte, dass dies mittlerweile bei fast allen Vorhaben so sei. StR Günther Lux erinnerte an das Thema „Sparen“ und hatte den Eindruck, „dass Geld keine Rolle spiele“. Dies ziehe sich in Lautern wie ein roter Faden durch die Projekte.

Die StRäte Martin Kelbaß und Ralph Gruber waren der Meinung, dass die 16.000 € Mehrkosten bei der gesamten Kostensteigerung irrelevant sind und das Geld investiert werden sollte.

StR Thomas Abele hob auf die Wichtigkeit einer richtigen Herstellung ab, mahnte jedoch auch Kostendisziplin an. Es müsse darauf geachtet werden, dass die Abrechnungen dem Ausschreibungsergebnis entsprechen.

Bürgermeister Brütting räumte ein, dass die Kritik bezüglich der Kosten für die Mehrzweckhalle Lautern berechtigt sind, diese aber vor allem an der mangelhaften ursprünglichen Planung liegen. Während die meisten Bauvorhaben wie berechnet oder sogar günstiger abgerechnet werden, sei man bei der MZH tatsächlich weit über das Ziel hinausgegangen.

Er appellierte daran, dass Projekt dennoch nicht schlecht zu reden und betonte, dass am Ende eine sehr schöne Halle zur Verfügung stehen werde.

Das Gremium beschloss **einstimmig**, den Auftrag für die Freianlagen an die Fa. Gala-Bau Brückner aus Schwäbisch Gmünd zum Angebotspreis von 146.380,29 € (inkl. 19% MwSt.) zu vergeben.

Beamer für Schulen - Auftragsvergabe

Hauptamtsleiter Häffner ging einleitend auf die Historie der im Rahmen der Digitalisierung der Heubacher Schulen realisierten Maßnahmen (schnelles Internet, Verkabelungen, WLAN in den Klassenzimmern, Anschaffung von iPads, Apple TV für die Übertragung von Inhalten) sowie die verschiedenen Fördertöpfe von Bund und Land ein.

Zur Unterstützung des digitalen Unterrichts ist außerdem die Neu- bzw. Ersatzanschaffung weiterer Beamer erforderlich; nicht alle bereits vorhandenen Beamer besitzen die Eigenschaften, die für die digitale Kommunikation notwendig sind. Gemäß den Gesprächen mit den Schulleitungen der örtlichen

Schulen werden insgesamt 69 Beamer und meist auch entsprechende Halterungen zur Decken- bzw. Wandmontage benötigt. Insgesamt wurde im Rahmen einer Verhandlungsvergabe ohne Teilnahmewettbewerb fünf Firmen zur Angebotsabgabe aufgefordert. Die Investition wurde nach Markterkundungen mit Kosten in Höhe von ca. 80.000 € brutto beziffert. Es ist zwar nur ein Angebot eingegangen, dies liegt jedoch deutlich unter den angenommenen Aufwendungen.

Das Gremium folgte **einstimmig** dem Beschlussvorschlag der Verwaltung und beauftragte entsprechend dem Ergebnis der öffentlichen Ausschreibung die Firma Newerkla GmbH & Co. KG, Aalen zum Angebotspreis in Höhe von 60.854,22 € mit der Lieferung von 69 LCD-Beamern sowie 59 flexibel verstellbaren Halterungen.